

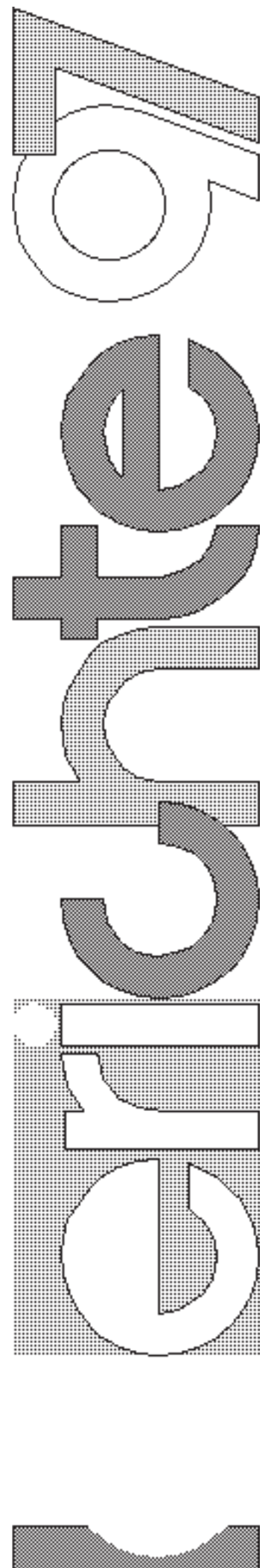


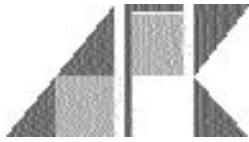
Deutsches Institut für Urbanistik

Inhalt:

Archiv für Kommunalwissenschaften – Schwerpunkt „Finanzen“	2
EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden	3
Stadt und Umland	6
Städte auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21	7
Lokale Agenda 21: Kommunen aktiv für die Zukunft	8
Entwicklungsperspektiven für die Stadt – Trends und Chancen	9
Kommunales Handlungsfeld „luK und neue Medien“	10
Kommunale Zeitpolitik	11
Bürger – Politik – Verwaltungsreform	12
Seminarbegleitende Bibliographien	14
Online Forum Stadtökologie auf CD-ROM	14
Auszeichnung für sieben wissenschaftliche Arbeiten	15
Impressum	15
Bestellschein	16

Forschung und Dienstleistungen für die deutschen Städte





Archiv für Kommunalwissenschaften

Im neuen Halbjahresband wird mit drei finanzwissenschaftlichen Beiträgen ein Schwerpunkt gesetzt.

Finanzprobleme der Gemeinden in den neuen Bundesländern

Karl-Heinrich Hansmeyer

Die Diskussion um die Finanzprobleme der Gemeinden in den neuen Ländern zeigt zwei gegensätzliche Beurteilungen der ostdeutschen Kommunalpolitik. Nach der einen Ansicht sind die Gemeinden weitgehend ohne eigene Versäumnisse in Schwierigkeiten geraten – nach anderer Ansicht liegen grobe kommunalpolitische Versäumnisse vor. Diese Polarisierung spiegelt jedoch kein realistisches Bild der finanziellen Situation der Kommunen in den neuen Ländern. Vielmehr gilt es sowohl bundes- und landespolitische Rahmenvorgaben zu berücksichtigen, die die Entscheidungsmöglichkeiten der Gemeinden begrenzen, als auch gewisse Spielräume für eine aktive kommunale Finanzpolitik.

Der Beitrag von Karl-Heinrich Hansmeyer zeigt dies am Beispiel ausgewählter Handlungsmöglichkeiten, die von den Gemeinden der neuen Länder im Zuge der deutschen Einheit dazu genutzt werden konnten, ihre finanzielle Situation über Gebühren- und Steuereinnahmen zu verbessern. Dabei wird deutlich, daß bei der Festsetzung und Vereinnahmung von Gebühren nicht nur erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden auszumachen sind, sondern daß auch im Vergleich zu den Kommunen in den alten Ländern eine geringere Bereitschaft besteht, kommunale Leistungen über Gebühren zu finanzieren. Der Zurückhaltung in diesem Bereich steht eine relativ erfolgreiche Einwerbung von Fördermitteln gegenüber, die für eine vorausschauende kommunale Planung steht.

Der kommunale Finanzausgleich – Argumente für eine Reform

Thomas Kuhn

Kernpunkt des kommunalen Finanzausgleichs, der die staatlichen Zuweisungen an die Kommunen regelt, sind die sogenannten Schlüsselzuweisungen. Das in den alten Bundesländern seit langem praktizierte Verfahren ist in seiner Grundstruktur auch auf die neuen Länder übertragen worden, obwohl dem zugrundeliegenden Verteilungsmechanismus eine Reihe gravierender Schwächen anhaften. Der Autor beschreibt in seinem Beitrag, daß diese Schwächen kaum erlauben, die

verfolgten distributiven und allokativen Ziele zu erreichen. Er nennt eine Reihe von Parametern, deren Anwendung in vielen Fällen zu nicht beabsichtigten Ergebnissen führt, und verdeutlicht in seinem Aufsatz, daß der kommunale Finanzausgleich in seiner jetzigen Form, aufgrund des Steuerwettbewerbs der Kommunen, nicht effizient ist.

Gebührenkalkulation auf der Basis volkswirtschaftlicher Kosten

Bernd Hansjürgens

Dieser finanzwissenschaftliche Beitrag verdeutlicht die grundsätzlichen Vorteile einer an volkswirtschaftlichen Kosten orientierten Gebührenkalkulation. Gleichzeitig wird auf Anwendungsprobleme aufmerksam gemacht, die die Vorteile wieder zunichte machen können, insbesondere auf mißbräuchliches Verhalten der politischen Akteure, die den Gebührenschuldern zu hohe Gebühren für empfangene Leistungen abverlangen. Der Autor plädiert dafür, jeweils besondere begrenzende Regeln gegen die Versuchung, zu hohe Gebührenkalkulationen zugrunde zu legen, einzuführen.

Die Baugesetzbuch-Novelle auf dem kommunalen Prüfstand?

Arno Bunzel

Am 1. Januar 1998 tritt das Gesetz zur Änderung des Baugesetzbuchs und zur Neuregelung des Rechts der Raumordnung in Kraft. Der Autor bewertet das gesamte Änderungspaket und mißt es sowohl an den selbstgesetzten Zielen des Gesetzgebers (Zusammenführung von städtebaurechtlichen Vorschriften in einem einheitlichen Baugesetzbuch) sowie an aus kommunaler Sicht bestehenden Forderungen. Denn die Gemeinden konnten zwar bei der Vorbereitung der Gesetzes-Novelle direkt und über ihre Spitzenverbände mitwirken, den kommunalen Standpunkt dabei aber natürlich nicht überall durchsetzen. So entfällt künftig der Genehmigungsvorbehalt im Falle der Grundstücksteilung, und das bislang erforderliche gemeindliche Einvernehmen im Baugenehmigungsverfahren kann ersetzt werden. Zu den weiterhin unerfüllten Forderungen der Städte und Gemeinden gehört etwa eine baulandmobilisierende Ausgestaltung der Grundsteuer, während andere Teile, wie etwa die Neuregelung der Vorschriften zur Behandlung von Eingriffen in Natur und

Landschaft im Rahmen der Bauleitplanung, uneingeschränkt begrüßt werden können.

Freizeitgroßanlagen als wachsendes Planungsproblem

Ulrich Hatzfeld

Die Ausdifferenzierung von individuellen Freizeitinteressen führte in Verbindung mit der Vergrößerung des Ausgabevolumens für Freizeitzwecke in den letzten Jahren zu einer dynamischen Expansion der Freizeitbranche, gleichzeitig zu Ökonomisierung und Professionalisierung. Als „Katalysatoren“ in dieser „Freizeitindustrie“ wirken dabei vielfach kommerzielle Freizeitgroßeinrichtungen.

Aus der Sicht der Kommunen beziehungsweise der Stadtentwicklung stellen sich Freizeitgroßanlagen einerseits als eine interessante Entwicklungsoption dar: Vor dem Hintergrund zunehmender Erfahrungen treten allerdings auch eine Reihe zum Teil sehr problematischer Auswirkungen zutage: beispielsweise Verkehrsauswirkungen oder Umweltimplikationen. Um ähnliche Fehlentwicklungen wie im Einzelhandelssektor mit den Verbraucher- und Fachmärkten zu verhindern, muß nach

Ansicht des Autors über fachliche Beurteilungskriterien und tragfähige öffentlich-private Entwicklungsverfahren nachgedacht werden. Ziel muß ein möglichst hohes Maß an Stadt- und Regionalverträglichkeit für diese Einrichtungen sein.

„Lean“ oder „fat“? Die Entwicklung der Sozialverwaltung im Städtevergleich

Günter Roth

Angesichts der unausweichlichen Diskussion um Möglichkeiten der Verwaltungsrationalisierung sind „kennzahlenbasierte“ Organisations- und Leistungsvergleiche unverzichtbar. In dem vorliegenden Beitrag untersucht der Autor die Entwicklung der kommunalen Sozialverwaltung anhand statistischer Vergleiche zwischen 20 westdeutschen Großstädten und formuliert mit gebotener Zurückhaltung die Ergebnisse. Für den Zeitraum zwischen 1976 und 1986 zeigen sich demnach einzelne Verwaltungen durchaus „schlank“ und aufgabenbezogen, teilweise sogar schrumpfend, andere jedoch stärker „pfadabhängig“, das heißt „beharrend“. So wuchsen etwa relativ große Verwaltungen unabhängig von den Aufgaben weiter, während relativ kleine eher stagnierten.

EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden

Ergebnisse einer schriftlichen Umfrage

Die EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden haben im Laufe der 90er Jahre deutlich zugenommen. Einschlägige Kontakte wurden aufgebaut oder verbessert, gleichzeitig wurde ein breites EU-orientiertes Infoangebot etabliert, wie zum Beispiel über die beim Deutschen Städte-tag angesiedelte Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Gleichzeitig wurde auch in Brüssel die Entwicklung vorangetrieben: unter anderem mit einem breiten, in ständiger Veränderung befindlichen Spektrum an Fördermaßnahmen und -programmen, deren Umfang kaum noch überschaubar ist.

Der Informations- und Kommunikationsbedarf in bezug auf die EU-Förderpolitik und -Programme sowie entsprechende Antragsverfahren ist daher – dies lassen aktuelle Äußerungen aus deutschen Städten und Gemeinden immer wieder deutlich

werden – nach wie vor groß. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat diese Informationswünsche aufgegriffen und zur Grundlage einer gemeinsam mit der Deutschen Sektion des RGRE erarbeiteten Umfrage gemacht. Ziele dieser Umfrage waren einerseits die Erhebung des aktuellen Standes und der aktuellen Erfahrungen deutscher Kommunen mit EU-Angelegenheiten sowie andererseits die Initiierung oder Verbesserung des kommunalen Informations- und Erfahrungsaustausches. Die Umfrage wurde im ersten Quartal 1997 durchgeführt und war in vier Fragenkomplexe gegliedert:

- personelle und organisatorische kommunale Zuständigkeiten für EU-Angelegenheiten,
- vorliegende Erfahrungen mit EU-Programmen und -Fördermitteln,

- damit einhergehende Probleme und Defizite sowie
- daraus resultierender Bedarf und Anforderungen an mögliche externe Hilfestellungen.

Adressaten der Umfrage waren 118 Städte: Vorrangiges Auswahlkriterium war die Stadtgröße. In die Umfrage einbezogen wurden daher alle Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern (84). Darüber hinaus wurden weitere 34 ausgewählte Städte aus dem Kreis der Difu-Zuwenderstädte angeschrieben.

Die Rücklaufquote lag mit mehr als 86 Prozent (102 Städte) sehr hoch. Etwa ein Viertel der eingegangenen Fragebögen war jedoch lückenhaft.

Die Resonanz auf die Umfrage war weitgehend positiv. Für manche Städte war die Beteiligung auch mit einem Lerneffekt verbunden. So gaben drei Städte an, sich durch die Umfrage erstmals ihrer erheblichen Informations- und Kommunikationsdefizite in bezug auf kommunale EU-Arbeit bewußt geworden zu sein. Eine Kommune nahm die Umfrage zum Anlaß, sich intensiv mit EU-Angelegenheiten zu beschäftigen.

Zentrale Untersuchungsergebnisse

Die Europaarbeit in bundesdeutschen Städten – dies ist ein zentrales Ergebnis der vorliegenden Umfrage – folgt keinem einheitlichen Schema. Personelle Besetzung und verwaltungsinterne Verortung, Aufgabenschwerpunkte der jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch benutzte Informationsquellen fallen jeweils unterschiedlich aus und sind in der Regel von den spezifischen Bedingungen vor Ort abhängig.

Ungeachtet dieser Unterschiede lassen sich jedoch auch einige generalisierende Trends feststellen:

- Die Zahl der speziell für EU-Aufgaben zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter korreliert in der Mehrzahl der Fälle positiv mit der Größe einer Stadt. Viele dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind allerdings oft nur mit einem geringen Prozentteil ihrer Arbeitszeit für diese Aufgaben zuständig. Über die beste personelle Ausstattung verfügen die drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg; Aber auch für die dortigen Mitarbeiter gilt, daß sie überwiegend nur partiell mit EU-Angelegenheiten befaßt sind.

- Die Federführung für EU-Angelegenheiten liegt vorwiegend bei Querschnittsämtern (Ämtern für Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung, Statistik oder Hauptamt) oder bei der Stadtspitze (Amt des Oberbürgermeisters/Oberstadtdirektors, Senats- bzw. Staatskanzlei);

- Die Aufgabenschwerpunkte der kommunalen EU-Mitarbeiter liegen in der Regel – unabhängig von der Stadtgröße – in den Bereichen Informationsbeschaffung und -weiterleitung, Koordinationstätigkeiten sowie Kontaktpflege zu übergeordneten Verwaltungsebenen (Länder, Bund, EU).

- EU-relevante Informationen werden in erster Linie von den zuständigen EU-, Bundes- und Landesdienststellen sowie den kommunalen Spitzenverbänden (inklusive RGRE) und deren Rundschreiben und Veröffentlichungen bezogen.

- Bei Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern spielen auch direkte Kontakte zu den Generaldirektionen der Europäischen Kommission oder zu einschlägigen Interessenvertretern in Brüssel eine Rolle.

Knapp zwei Drittel der antwortenden Städte erhalten Mittel aus Strukturfonds-Programmen. 35 dieser Städte liegen nicht in Zielgebieten; sie werden aus Programmen der Gemeinschaftsinitiativen oder über Maßnahmen nach Artikel 10 EFRE gefördert.

Die Angaben der Städte über konkrete EU-geförderte Projekte schwanken zwischen detaillierter Auflistung und kurzen Hinweisen. Obwohl das inhaltliche Spektrum dieser Projekte ebenso breit ist wie das der in Anspruch genommenen Gemeinschaftsinitiativen und Programme, lassen sich zwei Aktionsschwerpunkte feststellen: zum einen Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen und zum anderen Infrastrukturmaßnahmen. Die Anteile der Eigenfinanzierung an den Projektkosten reichen von weniger als zehn Prozent bis über 60 Prozent.

Im Hinblick auf ihre konkreten Erfahrungen zog ein Drittel der Städte mit EU-geförderten Projekten eine sehr positive Bilanz. Positiv bewertet wurden insbesondere der Grad der Zielerreichung und der zeitliche wie organisatorische Projektablauf. Einzelne Städte wiesen auch auf positive, aus der Teilnahme an EU-Programmen resultierende Lerneffekte sowie wichtige Impulse für ihre weitere Entwicklung hin.

Bei Städten mit negativen Erfahrungen (17) standen das Antragsverfahren, die Art der Projektfinanzierung und die Organisation der Mittelbewilligung im Zentrum der Kritik. Aufwand und Kosten stehen nach Ansicht dieser Städte in keinem Verhältnis zur Höhe der damit erzielbaren Fördermittel.

Eine Differenzierung der Städte nach Gemeindegrößenklassen zeigt, daß eindeutig positive Erfahrungen bei Kommunen aller Größenklassen, überwiegend negative Erfahrungen jedoch vor allem in Kommunen mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern vorliegen. Eine Verknüpfung dieser Angaben mit der Beantwortung der Fragen zu Personalausstattung und Federführung legt den Schluß nahe, daß erfolgreiche kommunale EU-Arbeit in starkem Maße von personeller Ausstattung und verwaltungsinterner Koordination abhängt, darüber hinaus aber auch das individuelle Engagement einzelner Verwaltungsakteure eine maßgebliche Rolle spielt.

Städte, die an Strukturfonds- oder Aktionsprogrammen bisher nicht oder nur in geringem Umfang teilgenommen haben, geben dafür als Gründe an: fehlende Fördervoraussetzungen, Informationsdefizite, Probleme mit den erforderlichen kommunalen Eigenmittelanteilen, zu aufwendige und komplizierte Antragsverfahren und zu geringe Erfolgsaussichten oder Schwierigkeiten bei der Findung ausländischer Projektpartner.

Diese Probleme finden auch in der Bewertung/Benotung der EU-Förderprogramme ihren deutlichen Niederschlag. Die meisten Benotungen liegen im Bereich ausreichend. Die schlechtesten Noten erhielten die Übersichtlichkeit von EU-Förderprogrammen und -Antragsverfahren, der für die Projektentwicklung im Vorfeld der Antragstellung erforderliche Zeitaufwand, der vorhandene Kenntnisstand über potentielle Projektpartner im europäischen Ausland und EU-relevante Aktivitäten anderer deutscher Städte. Vergleichsweise positiv (befriedigend) wurden die Bereitschaft anderer deutscher oder auch ausländischer Städte zur Kooperation bzw. zum Informations- und Erfahrungsaustausch wie auch der Zugang zu Informationen über EU-Förderprogramme beurteilt.

Bei der Frage nach Ansätzen zu einer Verbesserung und Verstärkung kommunaler EU-Aktivitäten stehen interessanterweise die beiden Aspekte im Vordergrund, die am besten benotet wurden. So sprechen sich 85 Prozent der antwortenden Städte für verstärkte Informationen über Projek-

tergebnisse und -erfahrungen anderer Kommunen aus, knapp 70 Prozent für eine bessere Versorgung mit gezielten kommunalpolitisch relevanten Informationen.

Das Interesse der antwortenden Städte an einem Informationsaustausch mit anderen an EU-Programmen beteiligten Kommunen ist – nur folgerichtig – sehr groß. Als vorrangige Themen werden, den genannten Kritikpunkten und Defiziten entsprechend, EU-Förderprogramme, Ausschreibungen und -Antragsverfahren sowie Projektergebnisse und Projekterfahrungen genannt.

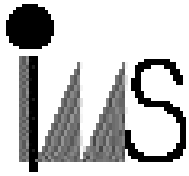
Wird dieses Interesse an einem Informationsaustausch unabhängig von Gemeindegröße und personeller Ausstattung der kommunalen EU-Arbeit geäußert, nimmt die konkrete Mitwirkungsbereitschaft – beispielsweise an einer „Informationsbörse“ über EU-Förderprogramme – hingegen mit sinkender Gemeindegröße deutlich ab.

In bezug auf die Organisation einer solchen „Informationsbörse“ wird einem „Info-Dienst“ in Schriftform eindeutige Priorität gegeben. Mehr als zwei Fünftel der antwortenden Städte votieren auch für Workshops und Seminare. Andere mögliche Formen einer Info-Börse – wie z.B. Internet-Foren – stoßen auf deutlich geringeres Interesse.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die EU-Aktivitäten deutscher Städte im Laufe der 90er Jahre zwar deutlich zugenommen haben, daß hier aber nach wie vor noch viele Schwachstellen und Defizite bestehen. Diese Defizite gehen sowohl auf externe als auch interne Ursachen zurück. Bei den externen stehen verbesserungsbedürftige Verfahrensgänge sowie unzureichende Informationspolitik und Informationsflüsse der EU im Vordergrund, bei den internen spielen die spezifische personelle Ausstattung und das konkrete Engagement einer Kommune und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in bezug auf EU-Angelegenheiten eine maßgebliche Rolle.

Weitere Informationen:
Dr. phil. Dipl.-Ing.
Werner Heinz
Telefon: 02 21/37 71-143
Dipl.-Geogr. Thomas Franke
Telefon: 02 21/37 71-147
E-Mail: ab-koeln@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein



Stadt und Umland

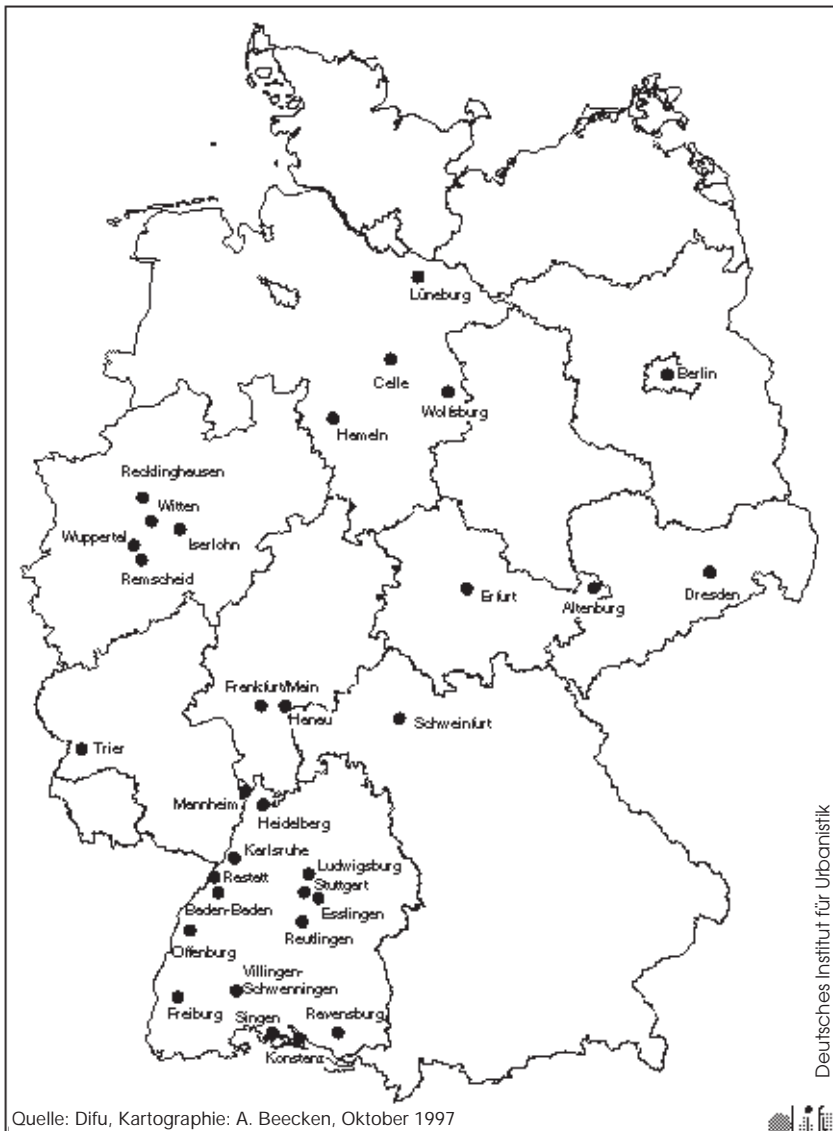
Neues Themenheft der „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ (IMS)

Weitere Informationen:
Dr. phil. Christian Engeli
Telefon: 030/39001-249
E-Mail: engeli@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Städte stehen schon immer in einem spannungsreichen Verhältnis zu ihrem Umland. Das war bereits so bei der antiken Polis mit ihrem agrarischen Umland, bei den italienischen Städten mit ihrem Contado, sowie der mittelalterlichen und dann auch der frühneuzeitlichen Stadt, wo die Residenzfunktion als neuer Faktor vielfach das Umland strukturierte. Mit der neuzeitlichen Urbanisierung erfuhr dieses Verhältnis von Stadt und Umland einen tiefgreifenden Wandel, eine Dynamisierung, die bis in die Gegenwart anhält. Dabei treten drei besonders augenfällige Veränderungen des vormodernen Stadt-Umland-Verhältnisses hervor: die Zunahme der Stadterweiterungen, die Suburbanisierung und die Ausbildung von Stadtregionen.

Die moderne Stadtgeschichtsforschung hat sich mit dieser Entwicklung in zurückliegender Zeit sowohl in unzähligen Lokalstudien als auch in national wie international vergleichender Perspektive ausgiebig beschäftigt. Wolfgang Hofmann skizziert Eckdaten und „Meilensteine“ dieses Erkenntnisprozesses, verharrt aber nicht beim historischen Interesse an der modernen Siedlungsentwicklung, sondern lenkt den Blick auch auf deren politische Bedeutung. Die Frage, wie die Stadt-Umland-Dynamik des Urbanisierungsprozesses zu steuern sei, hatte diesen Vorgang selbst schon von Beginn an begleitet: von den zuerst nachträglich vollzogenen und dann vorausgreifenden Eingemeindungen seit dem 19. Jahrhundert zu den Regionalverbänden des 20. Jahrhunderts.



Quelle: Difu, Kartographie: A. Becken, Oktober 1997

Zu den von Hofmann aufgeführten Belegen gehören die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin, die mit ihren von einem Flächenstaat abgestützten Umland funktional verflochten sind: Die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Vororte und die Abwanderung einkommensstarker Bewohner in die grünen Siedlungen schwächt die Zentralstadt, von der andererseits die Aufrechterhaltung der qualifizierten Leistungen in Bildung, Kultur und Gesundheit erwartet wird. Die gescheiterte Länderfusion von Berlin und Brandenburg von 1995 verdeutlicht, daß neben einer fehlerhaften Strategie der politischen Eliten und handfesten Interessengegensätzen auch Unterschiede in der politischen Kultur die institutionelle Verklammerung von Stadt und Umland verhindern. Diese intraregionalen Spannungen waren offensichtlich stärker als die Einsicht, daß zum europäischen Wettbewerb der Regionen auch ein gewisses Maß an Koordination zwischen Stadt und Umland gehört.

Das neue IMS-Heft enthält zusätzlich zu den ständig wiederkehrenden Rubriken jährliche Übersichten zu Stadtjubiläen sowie zu stadthistorischen Sonderausstellungen. Von besonderer Aktualität sind darüber hinaus Hinweise auf geplante Ausstellungen zum Revolutionsgeschehen 1848/49, das 1998 vielerorts zum Thema gemacht wird. Die vor allem im südwestdeutschen Raum laufenden Aktivitäten wie Sonderausstellungen und Wanderausstellungen sind unter anderem in der Karte festgehalten.

Städte auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21

Dokumentation des 2. Erfahrungsaustauschs



Das Jahr 1996 zeigte, daß deutsche Städte zunehmend die Impulse aus der Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung aufnehmen. Immer mehr Städte befinden sich auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung, wie sie auf der Weltkonferenz propagiert wurde.

Bereits 1996 führte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag (DST) eine erste Umfrage zum Stand der Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 bei den Mitgliedstädten des DST durch. Die Zwischenbilanz machte deutlich, daß rund die Hälfte der antwortenden Städte die Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 als ihre Aufgabe ansieht. Schwierigkeiten bei der Erarbeitung sahen sie weniger in den Handlungsfeldern, deren Inhalten und Zielen, als vielmehr in der Realisierung des sogenannten Konsultationsprozesses mit der Bevölkerung, den lokalen Organisationen und der örtlichen Wirtschaft. Daher wurde bei der zweiten Difu-Umfrage, die im Frühjahr 1997 durchgeführt wurde, besonders nach der Umsetzung gefragt.

Vom 24. bis 25. April 1997 fand im Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin der zweite Erfahrungsaustausch zur Lokalen Agenda 21 mit rund 80 Vertreterinnen und Vertretern aus deutschen Städten statt. Präsentiert und diskutiert wurden der aktuelle Stand der Entwicklung der Lokalen

Agenda 21 und Beispiele aus verschiedenen Städten, vor allem die jeweiligen Schwerpunkte, Hemmnisse und Lösungsmöglichkeiten.

Die Ergebnisse der Umfrage und des Erfahrungsaustauschs haben bestätigt, daß die inhaltlichen Ziele der Agenda 21 für die deutschen Städte nicht neu sind. Jedoch stellt die für den aufwendigen Konsultationsprozeß nötige Herangehensweise eine besondere Herausforderung dar, zumal erst sehr wenige Bürgerinnen und Bürger mit dem Begriff und der Zielsetzung einer Lokalen Agenda vertraut sind. Die Städte sind gefordert, das „Miteinander“ zu fördern und Engagement für die gemeinsame Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 zu wecken. Dies gilt nicht nur für den öffentlichen Diskurs mit Wirtschaft, Verbänden und Initiativen, mit Presse und Bevölkerung, sondern auch für die verwaltungsinterne Diskussion.

In der vorliegenden Dokumentation werden die Redebeiträge aus dem zweiten Erfahrungsaustausch einschließlich der Umfrageergebnisse 1997 und Berichte aus den Städten Hamburg, Kaiserslautern, Leipzig, Münster, Nürnberg und Osnabrück wiedergegeben. Sie sollen allen Kommunen, Initiativen und weiteren Interessenten zugänglich gemacht werden und damit zu weiteren Diskussionen und Aktivitäten anregen.

Neuerscheinungen in der Reihe „Umweltberatung für Kommunen“

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 0 30/3 90 01-244
E-Mail: roesler@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

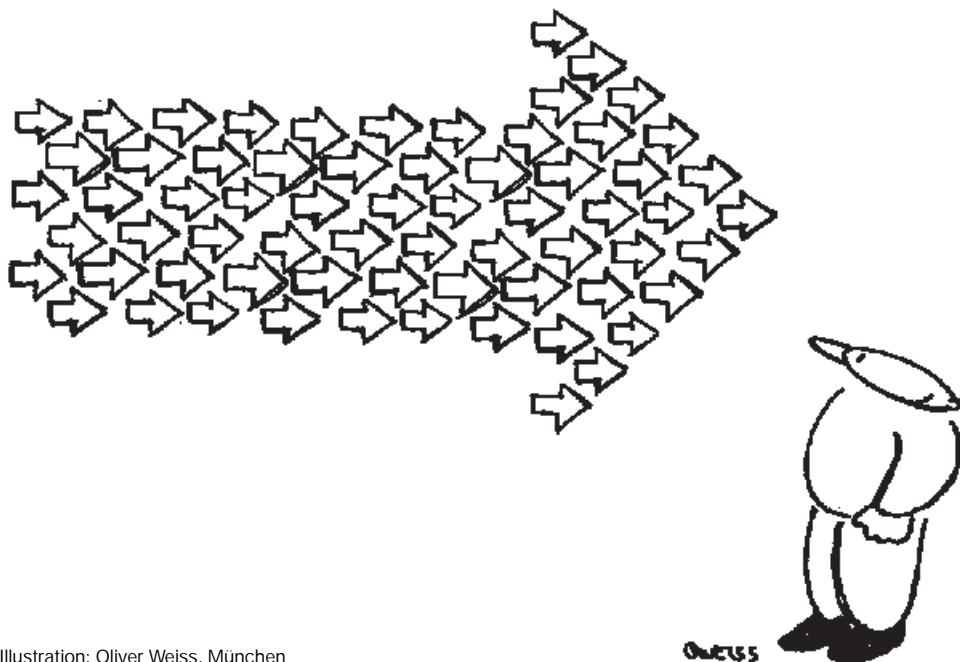


Illustration: Oliver Weiss, München

Lokale Agenda 21: Kommunen aktiv für die Zukunft

Zum Thema „Nachhaltige Entwicklung“ sind bereits diverse wissenschaftliche Publikationen erschienen. Eine praxisorientierte Anleitung zur Initiierung und Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 in Kommunalverwaltungen lag bisher jedoch noch nicht vor. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) erarbeitete im Auftrag der EXPO 2000 Hannover GmbH und dem Niedersächsischen Städtetag die Veröffentlichung „Lokale Agenda 21: Kommunen aktiv für die Zukunft“.

Im Rahmen der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 verständigte man sich weltweit auf den notwendigen harmonischen Dreiklang von ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung. Die dort formulierte Agenda 21, in der die Teilnahme und Mitarbeit der Kommunalverwaltungen besonders hervorgehoben werden, enthält wichtige Grundsätze einer umweltgerechten, zukunftsfähigen Entwicklung. Diese Grundsätze wurden auch für die EXPO 2000 in Hannover „Mensch – Umwelt – Technik“ aufgegriffen und bei der Konzeption und Umsetzung von Projekten entsprechend integriert.

Die Mehrzahl der Zielsetzungen für eine nachhaltige Entwicklung existieren in den deutschen Städten, Gemeinden und Kreisen nicht erst seit Rio – neu ist jedoch die Herangehensweise. Die Kommunen stehen auf ihrem Weg zum Handeln im Sinne

der Lokalen Agenda 21 nicht völlig am Anfang: Zahlreiche Aktivitäten in vielen kommunalen Handlungsfeldern haben bereits zur Verbesserung der Umweltqualität beigetragen und neue Umweltschäden verhindert. Im Rahmen der Erarbeitung der Lokalen Agenda 21 sind die Kommunen nun gefordert, ihre Handlungsvorschläge zu einer umweltgerechten, zukunftsfähigen Entwicklung unter gleichzeitiger Berücksichtigung von ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und entwicklungspolitischen Aspekten im Dialog mit der Öffentlichkeit weiterzuentwickeln und umzusetzen.

In den Jahren 1996 und 1997 hat das Difu in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag (DST) zwei großangelegte Umfragen bei den Mitgliedstädten des DST zum Stand der Einführung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21 durchgeführt. Während der Laufzeit der Umfragen wurden eine Vielzahl von Anfragen zu Zielsetzungen und Inhalten der Lokalen Agenda 21 an das Difu gerichtet. Der Bedarf an Informationen über diese Ziele, Inhalte und Instrumente sowie Organisationsstrukturen ist weiterhin groß. Dies betrifft sowohl die Verwaltungsspitzen und die Ratsmitglieder als auch die Mitarbeiter in den unterschiedlichen Ämtern.

Der kurzgefaßte, anschaulich aufbereitete Leitfaden „Lokale Agenda 21: Kommunen aktiv für die Zukunft“ soll einerseits vorhandene Informationsdefizite abbauen und andererseits den Einstieg in die Entwicklung einer Lokalen Agenda erleichtern. Zielgruppen dieser Veröffentlichung sind vor allem Rat und Verwaltung.

Der Leitfaden kann zum Preis von 25,- DM (inklusive Mehrwertsteuer und Versandkosten) bestellt werden bei der

ISG Innovative Stadt GmbH
Prinzenstraße 23
D-30159 Hannover
Telefon: 0511/36 89 40
Telefax: 0511/368 94 30.

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Deutsches Institut
für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin
Telefon: 0 30/3 90 01-244
Telefax: 0 30/3 90 01-241
E-Mail: roesler@difu.de



Entwicklungsperspektiven für die Stadt – Trends und Chancen

Eröffnungsvortrag von Prof. Dr. Heinrich Mäding auf der Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker in Bielefeld am 23.9.97

Weltweite Trends in Wirtschaft und Gesellschaft gewinnen auch für die Kommunalpolitik an Bedeutung und stellen die Kommunen vor neue Herausforderungen. Der kontinuierliche Zuwachs des Dienstleistungssektors, die Zunahme internationaler Transaktionen von Unternehmen, sowohl Konzentrations- als auch Dekonzentrationsprozesse und der Ausbau der Informationstechnologie und Telematik erfordern eine umfassende Wirtschaftspolitik der Kommunen, um im Standortwettbewerb der Städte mithalten zu können. Gleichzeitig müssen sich die Städte mit gesellschaftlichen Trends auseinandersetzen, die teilweise mit den wirtschaftlichen Veränderungen in Wechselwirkung stehen: Zuwanderungen, Binnenwanderungen, natürliche Bevölkerungsentwicklung, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, ein Wertewandel und sich ausdifferenzierende Lebensstile. Auch diese Faktoren ziehen zum Teil erhebliche Konsequenzen für die Entwicklung der Kommunen nach sich.

Gleichwohl sind die gewandelten Anforderungen an die Städte und deren Folgen nicht überall gleich, besonders nicht in ihrem Ausmaß. Traditionelle Unterscheidungen von Städten nach ihrer Größe oder Funktion in einem regionalen Stadtsystem relativieren sich vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Herausbildung neuer Stadthierarchien. Es stellt sich die immer drängendere Frage nach den jeweiligen Entwicklungsperspektiven für die Städte – als Grundlage für ein übergreifendes Leitbild kommunaler Politik. Jedoch geht es nicht nur darum, die jeweiligen Chancen und Probleme einer Stadt zu erkennen. Für die Stadtverwaltungen stellt sich darüber hinaus die schwierige Aufgabe, ihr Handlungspotential zu optimieren – und zwar parallel zu den nationalen und weltweiten Trends.

Prof. Dr. Heinrich Mäding, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, nahm im Eröffnungsvortrag der „Statistischen Woche“ in Bielefeld diese weltweiten Trends in Wirtschaft und Gesellschaft unter die

Lupe und skizzierte ihre Folgen für den Standort Stadt. In einem Zeithorizont von etwa zehn bis fünfzehn Jahren lassen sich dabei interne Trends für die Städte ableiten – wie beispielsweise im Bedeutungswandel von Standortfaktoren oder der Veränderung in der Nachfrage nach Wohnungen und städtischer Infrastruktur. Im Blickfeld des Vortrags standen jedoch nicht nur stadtinterne Veränderungen, sondern auch der Wandel der Städte im Vergleich zum ländlichen Raum. Dabei zeichnen sich Unterschiede im Ausmaß der jeweiligen Problemfelder zwischen ost- und westdeutschen Städten ab. In diesem Zusammenhang stellen sich für die Kommunalpolitiker mehrere Fragen: Welche Chancen für die Städte sind in diesen Entwicklungen angelegt? Welche potentiellen Risiken bergen sie? Welche Voraussetzungen sind nötig, um eine Standortaufwertung betreiben zu können und diese Chancen erfolgreich zu nutzen?

Gute und zukunftsweisende Kommunalpolitik zeichnet sich dadurch aus, daß Grenzen der Einflußnahme auf bestimmte Entwicklungen anerkannt und Energien dort gebündelt werden, wo die Städte selbst ihre Handlungseffizienz steigern können. Prof. Dr. Heinrich Mäding skizziert drei konzeptionelle Handlungsansätze, die quer zu allen Politikfeldern verlaufen. Durch Verwaltungsmodernisierung kann mehr Kundenorientierung und ökonomische Effizienz realisiert werden. Mit strategischer Regionsbildung werden durch Kooperation Handlungspotentiale im Wettbewerb der Regionen erschlossen. Schließlich sollten öffentlich-private Partnerschaften wie beim Stadtmarketing und den Lokale-Agenda-21-Prozessen fortentwickelt werden. Nicht Abbau, sondern Übernahme sozialer und ökologischer Verantwortung sind die Kennzeichen einer erfolgreichen und modellhaften Kommunalpolitik.

Der Vortrag ist soeben als Aktuelle Information „Entwicklungsperspektiven für die Stadt – Trends und Chancen“ erschienen.



Weitere Informationen:
Prof. Dr. Heinrich Mäding
Telefon: 030/390 01-215/214
Telefax: 030/390 01-216
E-Mail: maeding@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Kommunales Handlungsfeld luK und neue Medien

Ergebnisse einer neuen Difu-Städteumfrage

Im zweiten Quartal 1997 führte das Deutsche Institut für Urbanistik eine Umfrage zum Thema „Lokale Informations- und Kommunikationspolitik (luK-Politik)“ bei allen deutschen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern durch. Die Städtevertreter wurden nach ihren Einschätzungen, Erfahrungen und Planungen in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologien, Technikanwendungen, Multimedia und Internet befragt. 111 Städte (57 Prozent) antworteten.

Die Umfrage verdeutlichte, daß die Zahl der Städte, die heute in Deutschland auf dem Feld luK und neue Medien umfassend aktiv sind, noch gering ist. In der Regel sind es die Großstädte. In sehr vielen Städten und Gemeinden gibt es dagegen bisher nur Einzelaktivitäten. Trotzdem haben die deutschen Städte in der Mehrzahl ein positives Selbstbild, was ihre Aktivitäten im luK-Sektor anbetrifft.

Am häufigsten dienen lokale luK-Aktivitäten dazu, die Handlungsgrundlagen der Verwaltung – einschließlich der Schnittstellen zwischen Verwaltung und Bürgern – zu verbessern. Weitere Aktivitätsfelder liegen vor allem noch in den Bereichen Stadtinformationssysteme, Kultur, Bildung sowie Wirtschaft und Arbeit. In der Regel werden dabei bis heute jedoch nur einfache Anwendungen entwickelt wie Informationssysteme oder die Internetanbindung von Schulen. Projekte, die interaktive Möglichkeiten sowie die Potentiale des Internet und der luK-Technologien weitgehend nutzen, sind noch sehr selten.

Es gibt darüber hinaus eine Vielzahl von Handlungsbereichen, in denen die Kommunen bisher sehr wenig luK-Aktivitäten entwickelten und in denen für die Zukunft auch wenig geplant ist. Diese „Lücken“ kommunaler luK-Politik sind am stärksten in den Feldern Bürgerbeteiligung, Umwelt, Gesundheit und Soziales sichtbar. Die Anwendung von luK-Technologien in der Verwaltung scheitert häufig noch an der unzureichenden Ausstattung der Arbeitsplätze mit (vernetzten) Computern. Nur eine Minderheit von Mitarbeitern hat Anschluß an Verwaltungsnetze, nur einer von hundert Mitarbeitern hat heute Zugang zum Internet.

Es gibt heute auch nur wenige Städte, die den luK- und Medienstandort Stadt über die Schaffung von Rahmenbedingungen, Beteiligung an luK- beziehungsweise medienorientierten Einrichtungen/Projekten oder durch direkte Fördermittel unterstützen.

In der Aktuellen Information sind diese und andere Ergebnisse ausführlicher dargestellt. Aussagen finden sich zu den Themen

- Problemsicht und Problembewußtsein,
- Ausmaß der Aktivitäten,
- Handlungsfelder, Projekte und Innovationen,
- luK in der Verwaltung,
- Telekommunikationsinfrastruktur als kommunales Handlungsfeld,
- Förderung des luK- und Medienstandortes sowie
- Zuständigkeiten, Kooperationen und Akteure.

Die Umfrage ist Bestandteil eines Projektes zum Thema „Lokale luK-Politik“, das noch bis Herbst 1998 läuft und dessen Gesamtergebnisse danach in den Publikationsreihen des Difu veröffentlicht werden. Zu den sonstigen Aktivitäten des Difu im Themenfeld luK und neue Medien sind im WWW-Angebot des Difu weitere umfangreiche Informationen zu finden: <http://www.difu.de> (vgl. Rubrik Difu-Projektforen).

Weitere Informationen:
Dr. rer. pol. Busso Grabow
Telefon: 0 30/3 90 01-248
E-Mail: grabow@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein



Kommunale Zeitpolitik

Gemeinsame Tagung des Deutschen Instituts für Urbanistik mit der Hans-Böckler-Stiftung

„Zeit“ entwickelt sich zu einem zentralen Thema in Wissenschaft und Gesellschaft. Im Alltag kennt jeder Zeitnot und Zeitkonflikte. Zeitdruck und Zeitkonflikte verstärken sich, weil Beschleunigung vor allem durch die technische Entwicklung und die wachsende ökonomische Konkurrenz – zu einem vorherrschenden Trend geworden ist. Ausgelöst wird dies durch

- den technischen Wandel, insbesondere neue Transport- und Kommunikationstechniken, die in den Bereichen Entwicklung, Herstellung und Vertrieb ökonomische Abläufe beschleunigen,
- die Globalisierung der Wirtschaft, die die ökonomische Vernetzung und die internationale Marktkonkurrenz erhöht, und ihrerseits durch die Liberalisierung der Weltmärkte, die europäische Integration und das Ende der Ost-West-Konfrontation entscheidende Impulse erhalten hat,
- den Bedeutungszuwachs des Faktors Zeit in der Ökonomie, die Beschleunigung und präzise Vernetzung inner- und zwischenbetrieblicher Abläufe zu einem Kernelement des internationalen Wettbewerbs werden läßt.

Gegenwärtig verändern sich die Zeitstrukturen der industrialisierten Gesellschaften nachhaltig. Der Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft stellt sich aus „Zeitperspektive“ als Zeitstrukturwandel dar. Die Arbeits-, Betriebs- und Öffnungszeiten wandeln sich, insbesondere die Zeitstrukturen (aber auch die Arbeits- und Vertragsverhältnisse) der Arbeitswelt werden zunehmend flexibilisiert und individualisiert. „Just in time“ und „last minute“ sind die Stichworte einer Entwicklung, die an den einzelnen Betrieb und an den einzelnen Mitarbeiter hohe Anforderungen hinsichtlich der Fähigkeit zur Zeitorganisation stellt. Diese Komplexitätssteigerung im Bereich der Koordination und Synchronisation von Arbeitsabläufen überträgt sich auch auf die Lebenswelt. Der alltägliche Ablauf, zum Beispiel in einer mehrköpfigen Familie, ist immer weniger planbar, er kann sich nur in abnehmendem Maße an vorgegebenen Zeitstrukturen ausrichten und muß stärker „konstruiert“ oder „ge-managt“ werden.

Mit der Frage, wie sich dieser Zeitstrukturwandel auf Städte, ihre Bewohner und die urbanen Rhythmen auswirkt, befaßten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer vom Deutschen Institut für Urbanistik und der Hans-Böckler-Stiftung gemeinsam veranstalteten Fachtagung am 30. und 31. Oktober 1997 im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Etwa 80 Interessierte aus Wirtschaft und Wissenschaft, Kommunalverwaltungen und Räten sowie Gewerkschaften diskutierten unter anderem die Frage, ob, angesichts des gegenwärtig stattfindenden (Zeit-)Strukturwandels, den Kommunen mittels einer eigenständigen Zeitpolitik mehr Gestaltungsmöglichkeiten gegeben werden könne, ob Zeitpolitik als eigenständiges neues Politikfeld zu etablieren sei. Anlaß der Tagung war ein Projekt des Difu im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung und vier Städten (Bonn, Karlsruhe, Münster und Wolfsburg), dessen Ergebnisse im Rahmen der Fachtagung erstmals vorgestellt wurden.

Prof. Dietrich Henckel (Difu) wies in seinem Beitrag auf die Notwendigkeit der Entwicklung eines Politikfeldes „Kommunale Zeitpolitik“ hin, das – jenseits marktformiger Aushandlungs- und Verteilungsprozesse oder obrigkeitstaatlicher Zeitgesetzgebung – auf kommunaler Ebene gemeinsam von allen Akteuren, von Verwaltung und Politik, von Wirtschaft und Kultur sowie von sozialen Gruppen und Initiativen getragen werden solle. Prof. Ulrich Mückenberger (Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg) präsentierte die praktischen Erfahrungen mit Zeitgestaltungsansätzen und Zeitpolitik auf kommunaler Ebene: In Italien ist das Themenfeld seit den 80er Jahren etabliert, in Deutschland „experimentieren“ unter anderem bereits Hamburg, Bremen und Hanau mit „zeitlichen Gestaltungsansätzen“. Prof. Karlheinz A. Geißler (Hochschule der Bundeswehr München) warnte in seinem abschließenden Beitrag vor der Ökonomisierung und Zerstückelung der Zeit – auch sogenannte unproduktive Zeitformen wie die Pause, das Warten oder der Umweg könnten (in einem allerdings unökonomischen Sinne) sehr produktiv genutzt werden.

Die Ergebnisse der Untersuchung in den vier Städten werden im Frühjahr 1998 veröffentlicht.

Weitere Informationen:
Dr. Matthias Eberling
Telefon: 0 30/3 90 01-104
E-Mail: eberling@difu.de
Prof. Dr. Dietrich Henckel
Telefon: 0 30/3 90 01-292

Bürger – Politik – Verwaltungsreform

Gemeinsame Fachkonferenz des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)

Kosteneinsparungen und Rationalisierung innerhalb der Verwaltung – das sind derzeit in den meisten Kommunen die Hauptansätze der Modernisierungsdebatten und praktischen Bemühungen. Daß die einschlägigen Reformkonzeptionen, so insbesondere das Neue Steuerungsmodell, auch auf eine Veränderung der Politik und eine Neudefinition des Verhältnisses zwischen Bürgern, Vertretungskörperschaft und Verwaltung insgesamt zielen, gerät dabei in vielen Kommunen aus dem Blickfeld. Manchenorts wird deshalb auch schon befürchtet, diese Aspekte könnten völlig in Vergessenheit geraten, wenn sich erste Sparerfolge einstellen.

Dies war Anlaß für das Difu und die KGSt, zu einer gemeinsamen Fachkonferenz am 20. und 21. November 1997 nach Berlin einzuladen. Praktiker aus verschiedenen Reformstädten berichteten über ihre Erfahrungen in bezug auf eine integrierte Modernisierungsstrategie im Kräffedreieck zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung und stellten ihre Ansätze zur Diskussion. Im Rahmen von Arbeitsgruppen wurden vor allem folgende Themen diskutiert:

- wie Verwaltungsmodernisierung als von der Vertretungskörperschaft gesteuerter und begleiteter Prozeß zu organisieren ist;
- wie die Arbeit der Vertretungskörperschaft „verschlankt“ werden kann (etwa durch Delegation von Zuständigkeiten an beschließende Ausschüsse und Stadtteilvertretungen, durch Konzentration auf strategische Richtungsentscheidungen, durch Straffung der Ausschußstruktur, durch Nutzung von Informationstechnik);
- wie das Management an der Nahtstelle zwischen Politik und Verwaltung zu optimieren ist (zum Beispiel durch eine entsprechende Ausgestaltung von Inhalten und Verfahren im Berichtswesen, durch Direktkontakte zwischen Mandatsträgern und den zuständigen Verwaltungsmitarbeitern, durch ein wirksames Anfragenmanagement);
- welche Veränderungen sich aus der neuen Arbeitsteilung zwischen Vertre-

tungskörperschaft und Verwaltung für die Wahrnehmung von Bürgerinteressen ergeben und

- inwieweit rein binnenorientierte Maßnahmen zur Verwirklichung der angestrebten „Kundennähe“ der Verwaltung ausreichen oder durch unmittelbar auf das Bürgerinteresse zielende Ansätze ergänzt werden sollten (so etwa durch die Einrichtung von Bürgerämtern, die Intensivierung von Bürger- und Nutzerbefragungen zur Qualifizierung des kommunalen Controllings usw.).

Zu den 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung gehörten Führungskräfte aus Kommunalverwaltungen, Leiterinnen und Leiter von Projekten für Verwaltungsmodernisierung und viele Mitglieder von Räten und Kreistagen. Resümierend läßt sich die lebhafteste Diskussion an beiden Konferenztagen in drei Hauptpunkten zusammenfassen:

Verwaltungsmodernisierung allein löst nicht sämtliche Probleme der Kommunalverwaltungen. Ohne eine kritische Durchforstung der den Kommunen vom Staat vorgegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen und ohne Überprüfung der gesamten Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden werden die kommunalen Reformen letztlich Stückwerk bleiben.

Verwaltungsmodernisierung bedarf nicht nur der Anleitung durch die Politik, sondern vor allem auch einer Reform der Politik selbst: Die Vertretungskörperschaften müssen ihre Ausschußstrukturen der neuen Organisation der Verwaltung anpassen; die Politik muß sich aus den Details des Verwaltungsgeschehens heraushalten und sich auf die strategischen Entscheidungen konzentrieren – und dies ohne den Kontakt zum Bürger zu verlieren; sie muß lernen, über die Vorgabe wichtiger Kennzahlen statt über Einzeleingriffe in die Verwaltung zu steuern. All das erfordert grundlegende Verhaltensänderungen – möglicherweise sogar einen neuen Politikertypus. Auch die Verwaltung ist herausgefordert. Sie muß lernen, dem Rat, die für seine Entscheidungen notwendigen, wichtigen Informationen zur Verfügung zu

stellen. Nicht Datenfriedhöfe, sondern entscheidungsorientierte Kennzahlen müssen weitergereicht werden, eine neue Vertrauenskultur muß entwickelt werden.

Bürgerorientierung, Qualitätskontrolle und Qualitätsmanagement sind zwar in allen Reformkonzepten beschworene Ziele. Zu verwirklichen sucht man diese aber in aller Regel durch binnenorganisatorische Maßnahmen – in der Erwartung, der Bürger werde als Besucher von Verwaltungseinrichtungen wie als an Einsparungen interessierter Steuerzahler schon davon profitieren. Dies trifft zwar zweifelsohne zu, erübrigt aber keineswegs zusätzliche, eigens auf den Bürger bezogene Maßnahmen. Es gilt nicht nur für die Verkürzung von Bearbeitungs- und Wartezeiten und dergleichen, sondern auch für die systematische Erforschung der Bürgerwünsche und deren „Einspeisung“ in entsprechenden Beschlußvorlagen. Bürger- und Nut-

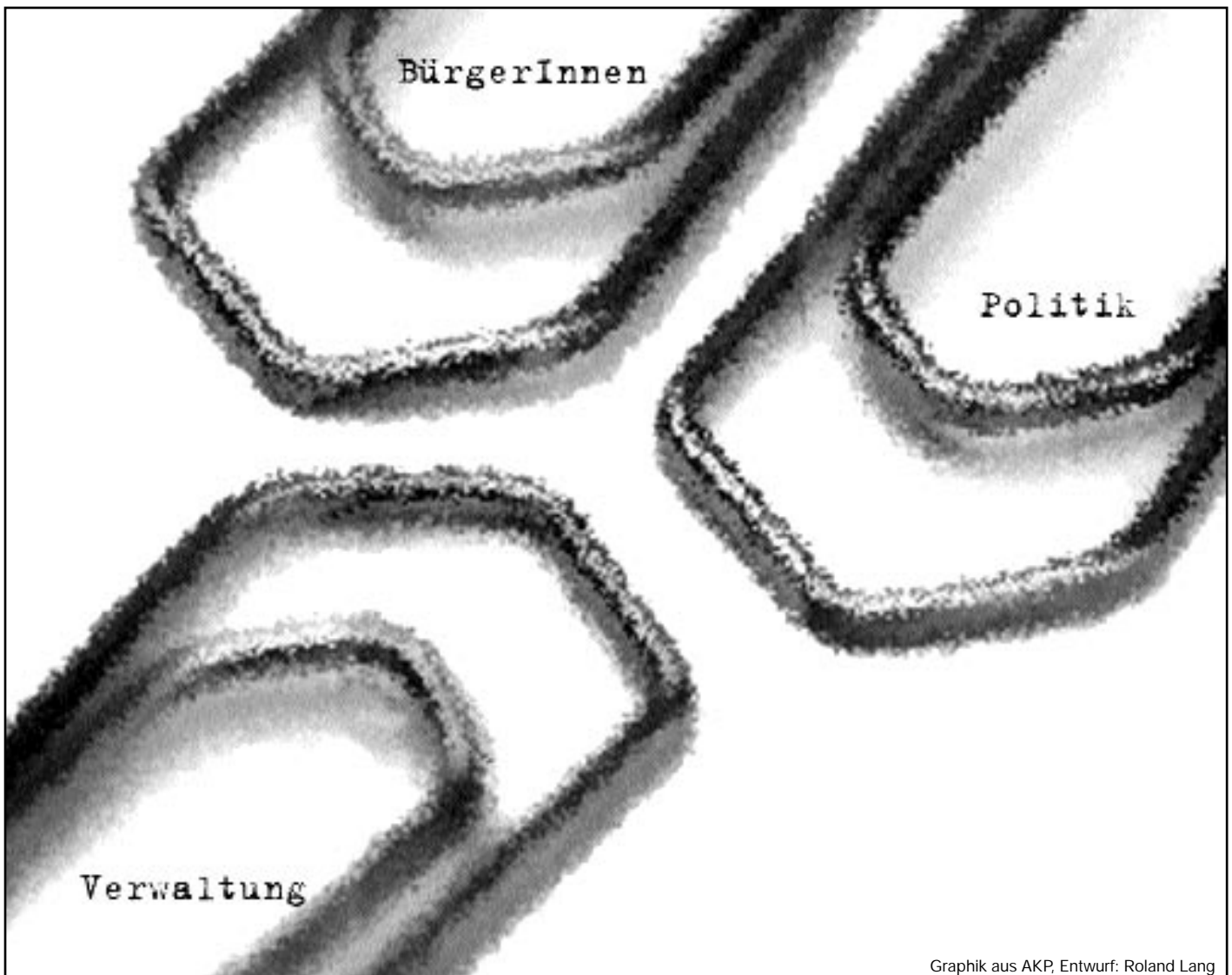
zerbefragungen können dafür einen wichtigen Beitrag leisten, können aber nicht sachgerechte, tiefgehende Analysen ersetzen.

Die Konferenz zeigte Wege zur Bewältigung all dieser Probleme auf. Auch hier wurde deutlich, daß sich Reformen weniger als konzeptionelle, denn als Umsetzungsprobleme darstellen.

Aufgrund der hohen Nachfrage zur Teilnahme an der Konferenz und der hohen Aktualität der Thematik wird es am 12. und 13. März 1998 in Koblenz eine weitere Konferenz geben. Anmeldungen sind für diese zweite Konferenz an die KGSt (Frau Balbasus, Telefon: 02 21/376 8980, Telefax: 02 21/376 8989) zu richten.

Eine Dokumentation der ersten Tagung befindet sich in der Vorbereitung.

Weitere Informationen:
Dr. Paul von Kodolitsch
Telefon: 0 30/3 90 01-272
Dr. Birgit Frischmuth
Telefon: 0 30/3 90 01-242
E-Mail: fortbildung@difu.de



Graphik aus AKP, Entwurf: Roland Lang

Seminarbegleitende Bibliographien

Seit Ende 1997 bietet das Difu „Seminarbegleitende Bibliographien“ an. Diese dienen zum einen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Difu-Veranstaltungen als Hintergrundinformation und Unterstützung für die Seminararbeit. Andererseits können die Infos auch von anderen am Thema Interessierten genutzt werden.

Die seminarbegleitenden Bibliographien orientieren sich an den Themen der Difu-Veranstaltungen und gliedern die Rechercheergebnisse nach Stichworten auf. Basis der Bibliographien sind die beiden Difu-Datenbanken ORLIS und DEMOS. Die Bibliographien beginnen jeweils mit einem kurzen Einleitungstext, der Aussagen über die Struktur der Rechercheergebnisse, über thematische Schwerpunkte im Zeitablauf sowie die Verteilung der Titel auf die verschiedenen Dokumentenarten und auf die räumlichen Bezugsebenen enthält.

Hinweise zur Beschaffung der nachgewiesenen Titel sowie zu sonstigen einschlägi-

gen Literaturdatenbanken ergänzen die Bibliographien.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Difu-Veranstaltungen erhalten diese Hefte kostenlos. Difu-Zuwenderstädte können – auf Anfrage – ebenfalls kostenfrei das Angebot nutzen. Weitere Interessierte bezahlen dafür pro Heft – je nach Umfang – eine Schutzgebühr zwischen 15,- DM und 20,- DM.

Bisher lieferbare Titel:

- Bürger – Politik – Verwaltungsreform, Fachkonferenz vom 20./21. November 1997. 88 Seiten, 15,- DM.
- Kommunale Gesundheitspolitik – Gesundheitsförderung in der Stadt auf neuen Wegen. Seminar vom 8.–11. Dezember 1997. 141 Seiten, 20,- DM.

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing.
Heidrun Kunert-Schroth
Telefon: 0 30/3 90 01-297
Bestellungen bitte per Fax:
0 30/3 90 01-100
oder per Post an das
Deutsche Institut
für Urbanistik
Postfach 12 62 24
10593 Berlin

Online Forum Stadtökologie auf CD-ROM

Die CD-ROM kann zum Preis von 70,- DM (für Zuwender 35,- DM) beim Deutschen Institut für Urbanistik bezogen werden:
Dagmar Dietrich
Telefon: 0 30/3 90 01-253
Gerda-Luise Elbin
Telefon: 0 30/3 90 01-287
per Fax 0 30/3 90 01-275
Bestellungen per E-Mail:
verlag@difu.de

Weitere Informationen:
Dipl.-Sozialökonom Jens Libbe
Telefon: 0 30/3 90 01-115
E-Mail: libbe@difu.de
Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 0 30/3 90 01-274
E-Mail: plagemann@difu.de
Internet: <http://www.difu.de/stadtoekologie>

Mit dem *Online Forum Stadtökologie* bietet das Difu ein spezielles Informations- und Kommunikationssystem zum Thema Stadtökologie an. Das vom Bundesforschungsministerium (BMBF) geförderte Forum enthält neben den Volltextausgaben der bisher erschienenen Newsletter Dokumentationen von Stadtökologie-Seminaren, Praxisbeispiele aus den Kommunen zu den Themen Klimaschutz, Mobilität, Bürgerbeteiligung, Naturschutz, Wasser und Flächennutzung. Außerdem enthält die CD-ROM eine Bibliothek mit mehr als 6000 Literaturquellen rund um das Thema Stadtökologie. Nachgewiesen ist Literatur ab 1990 aus dem deutschsprachigen Raum. Es kann komfortabel nach Stichwörtern, Autoren oder Regionen/Städten recherchiert werden. Aus dem BMBF-Förderschwerpunkt Stadtökologie sind Informationen zu den Einzelprojekten im For-



schungsverbund zu finden. Weiter ist eine umfangreiche Sammlung von www-Links

Auszeichnung für sieben wissenschaftliche Arbeiten

Ergebnisse der kommunalwissenschaftlichen Prämienschreibung 1996 bekanntgegeben

Für das Jahr 1996 schrieb die Stiftung der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise zur Förderung der Kommunalwissenschaften Prämien in Höhe von insgesamt 16 000,- DM in vier verschiedenen Themengruppen aus. In jeder dieser Gruppen (I. Recht, Politik, Verwaltung; II. Sozialpolitik, Kulturpolitik, neuere Stadtgeschichte; III. Wirtschafts- und Finanzwissenschaften; IV. Räumliche Planung und Stadtbauwesen) sollte ein Preis von 4 000,- DM vergeben werden – die Preise konnten auch geteilt werden. Es sollten kommunalwissenschaftlich besonders wertvolle Abhandlungen eingereicht werden (insbesondere Dissertationen und Diplomarbeiten), die der Praxis der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland neue Erkenntnisse vermitteln.

Eine Prämie von 4 000,- DM erhielt:

Götz Konzendorf

für seine verwaltungswissenschaftliche Dissertation *„Heranalternden Gesellschaft“* und Ansatzpunkte aktiver Politik – mit einer Fallstudie zur Mittelstadt Speyer, Speyer 1996.

Prämien von je 2 000,- DM erhielten:

Margit Twehues

für ihre juristische Dissertation *„Rechtsfragen kommunaler Stiftungen“*, Münster 1996;

Thomas Goldschmidt

für seine geographische Diplomarbeit *„Inner- und transurbane Netzwerke und ihr Beitrag für die Kommunal- und Regionalentwicklung in ausgewählten Agglomerationsräumen Englands und Deutschlands: Formen, Entstehungsursachen und Erfolgsfaktoren“*, Bayreuth 1997;

Susanne Burkholder und Silvia Manz

für deren wirtschaftswissenschaftliche Diplomarbeit *„Stadtmarketing unter Berücksichtigung des Fallbeispiels Stadt Trier – Theoretische Grundlagen und praxisrelevante Aspekte der Vermarktung und des regionalen Umfelds“*, Trier 1996 (die beiden Autorinnen erhielten je 1 000,- DM);

Robert Schuster

für seine geographische Diplomarbeit *„Stadtmarketing“*. Erfahrungen eines neu-

en kooperativen Ansatzes in der Stadtentwicklungspolitik am Beispiel der Stadt Überlingen, Tübingen 1996;

Patricia Schläger

für ihre geographische Diplomarbeit *„Regionale Entwicklungskonzepte – ein Weg auch der ungarischen Regionalpolitik?“*, Bayreuth 1997;

Anke Werkmeister

für ihre geographische Diplomarbeit *„Das Anruf-Sammeltaxi-System – Eine Form des Paratransits zur Erhaltung der Mobilität im ländlichen Raum und im Stadt-Umland-Bereich am Beispiel der Gemeinde Fernwald“*, Gießen 1996.

Insgesamt wurden 48 Arbeiten eingereicht – davon fielen 16 auf die Themengruppe I, jeweils acht in die Gruppen II und III sowie 16 in die Themengruppe IV. Aus der zweiten Gruppe wurde eine Arbeit für uneingeschränkt prämienswürdig befunden. In den anderen drei Themengruppen wurden je zwei Arbeiten als gleichwertig beurteilt, so daß den betreffenden Bewerberinnen und Bewerbern je ein halber Preis zuerkannt wurde. Aufgrund der Begutachtung durch Expertinnen und Experten des Deutschen Instituts für Urbanistik und im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden zeichnete die Stiftung sieben Arbeiten aus.

Die Stiftung der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise zur Förderung der Kommunalwissenschaften vergibt die Prämien zukünftig gemeinsam mit der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung. Themengruppen sind von nun an:

- I. Kommunalpolitik und -verwaltung (Carl Goerdeler-Preis);
- II. Kommunal-, Bau- und Planungsrecht;
- III. Sozialpolitik, Kulturpolitik, neuere Stadtgeschichte;
- IV. Wirtschafts- und Finanzwissenschaften;
- V. Räumliche Planung und Stadtbauwesen.

I M P R E S S U M
I M P R E S S U M

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion und Layout

Axel Krämer
Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem (v.i.S.d.P.)

DTP

Rolando A. Laube
Eva Hernández

Pressestelle

Telefon: 0 30/ 390 01-208/209
Telefax: 0 30/ 390 01-130
E-Mail: pressestelle@difu.de
Internet: <http://www.difu.de>

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Druck

Alb. Sayffaerth –
Emil Lothar Krohn

Abdruck

Frei – Belegexemplar(e) erbeten

Die „Berichte“ werden auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Informationen:

**Deutsches Institut
für Urbanistik
Prämienschreibung
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin
Klaus M. Rarisch
Telefon: 0 30/3 90 01-233
Telefax: 0 30/3 90 01-275**

Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik

- __Expl. **Entscheidungsfelder städtischer Zukunft**
von Dietrich Henckel u.a.
1997. Bd. 90. 355 S., 56 Abb., 11 Tab.,
2 Übers., DM 78,-, ISBN 3-17-015037-5
Difu-Neuerscheinung im Verlag W. Kohlhammer
Bestellungen beim Verlag
Tel.: 0711/78 63-280
Fax: 0711/78 63-430

Difu-Beiträge zur Stadtforschung

- __Expl. **Kompakt, mobil, urban: Stadtentwicklungskonzepte zur Verkehrsvermeidung im internationalen Vergleich**
von Dieter Apel, Michael Lehmbrock u.a.
1997. Bd. 24. 491 S., 91 Abb., 112 Tab., 11 Übers.
DM 84,-, ISBN 3-88118-234-9
- __Expl. **Public Private Partnership im Städtebau**
Erfahrungen aus der kommunalen Praxis –
Acht Fallbeispiele aus nordrheinwestfälischen Städten
von Werner Heinz, Carola Scholz
1996. Bd. 23. 275 S., 30 Abb., 5 Tab., 10 Übers.,
Anhang; DM 58,-, ISBN 3-88118-218-7
- __Expl. **Kommunale Standards in der Diskussion**
Setzung und Abbau von Standards am Beispiel
der Kindergärten
von Michael Reidenbach
1996. Bd. 22. 170 S., 19 Abb., 10 Tab., Anhang
DM 43,-, ISBN 3-88118-217-9

Umweltberatung für Kommunen

- __Expl. **Städte auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21**
Dokumentation des 2. Erfahrungsaustauschs
beim Deutschen Institut für Urbanistik am
24. und 25. April 1997 in Berlin
Hrsg. von Cornelia Rösler
1997. 109 S., Schutzgebühr DM 30,-
ISBN 3-88118-244-6
- __Expl. **Entlastung des Kommunalhaushalts durch Energiesparen**
Dokumentation des 2. Deutschen Fachkongresses
der kommunalen Energiebeauftragten
Hrsg. von Annett Fischer, Carlo Kallen
1997. 154 S., 20 Workshop-Beiträge,
Schutzgebühr DM 40,-, ISBN 3-88118-240-3
- __Expl. **Bodenschutz**
Einführung und Wegweiser zu Adressen,
Zeitschriften, Literatur
von Martina Edelmann u.a.
1997. 136 S., 7 Abb., 10 Tab.
DM 36,- (DM 20,- für Kommunen NBL)
ISBN 3-88118-241-1

Materialien

- __Expl. **EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden**
Ergebnisse einer Difu-Umfrage
von Thomas Franke, Werner Heinz
Bd. 6/97. 82 S., Schutzgebühr DM 30,-
ISBN 3-88118-245-4
- __Expl. **Die Mitarbeiterbefragung in der Kommunalverwaltung**
Eine Methodenanalyse von Praxisbeispielen
von Michael Bretschneider
Bd. 5/97. 144 S., Schutzgebühr DM 35,-
ISBN 3-88118-238-1
- __Expl. **Städte ohne Produktion?**
Das Fallbeispiel Potsdam
von Busso Grabow, Dietrich Henckel, Gerd Kühn
Bd. 4/97. 112 S., Schutzgebühr DM 35,-
ISBN 3-88118-233-0

Aktuelle Information

- __Expl. **Kommunales Handlungsfeld „luK und neue Medien“**
Ergebnisse einer Städteumfrage
von Busso Grabow, Erwin Riedmann
1998. ca. 16 S., Schutzgebühr DM 10,-
- __Expl. **Städte im Netz**
Elektronische Bürger-, Stadt- und Wirtschafts-
informationssysteme der Kommunen –
Ergebnisse einer Difu-Städteumfrage
von Holger Floeting, Steffi Gaevert u.a.
1997. 16 S., Schutzgebühr DM 10,-
- __Expl. **Entwicklungsperspektiven für die Stadt – Trends und Chancen**
Eröffnungsvortrag anlässlich der Hauptversammlung
des Verbandes Deutscher Städtestatistiker im Rahmen
der „Statistischen Woche 1997“ in Bielefeld
von Heinrich Mading
1997. 12 S., Schutzgebühr DM 10,-

Zeitschriften

- __Expl. **Archiv für Kommunalwissenschaften (AfK)**
2. Halbjahresband 1997, 190 S.
Einzelpreis DM 72,50
ISSN 0003-9209
(Bezug: W. Kohlhammer Verlag und Buchhandel)
- __Expl. **Informationen zur modernen Stadtgeschichte**
Halbjahresschrift
Heft 2/97: Stadt und Umland
102 S. Einzelpreis DM 18,-
ISSN 0340-1774
(Bezug: Difu und Buchhandel)

Bitte senden Sie mir ein Verzeichnis aller lieferbaren Difu-Publikationen zu (kostenfrei).

Vorname und Name: _____

Dienststelle: _____

Adresse: _____

Telefon/Telefax/E-Mail: _____

Datum/Unterschrift/Stempel: _____